

Marina Naprushkina
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

An das
Landesamt für Gesundheit und Soziales
Turmstraße 21
10559 Berlin

z. Hd.
Herrn Stefan Thiel, Referatsleiter, Leiter der Heimaufsicht

Kopie zur Kenntnisnahme an
Herrn Mario Czaja, Gesundheits- und Sozialsenator
Herrn Franz Allert, Präsident des Landesamtes
Frau Claudia Schütz, Leiterin der Abteilung Soziales
Herrn Stephan Djacenko, Leiter der Unterbringungsleitstelle

Berlin, den 9.12.2013

Sehr geehrter Herr Thiel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 3. Dezember, bei uns eingegangen am 7. Dezember 2013. Wie Sie darin richtig ausführen, wurden die Sachverhalte auch von einzelnen Fraktionen im Abgeordnetenhaus abgefragt. Gestatten Sie uns den Hinweis, dass dies auf unsere Veranlassung und unter Verwendung unserer Formulierungen geschah. Ihr Antworttext war uns daher bereits bekannt.

Ihr Gesprächsangebot nehmen wir sehr gerne an und freuen uns über einen Terminvorschlag von Ihrer Seite. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit ein solches Gespräch zielführend sein kann. Wir stellen uns vor, dass wir über die Beantwortung der nachfolgenden Fragen mit Ihnen sprechen, denn wir haben kein Interesse daran, unsere Informationen jeweils öffentlich über das Abgeordnetenhaus zu beziehen und könnten uns vorstellen, dass auch für die Verwaltung dieser Weg der Informationsweitergabe eher ressourcenbindend ist.

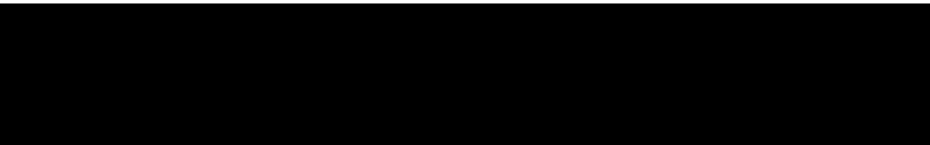
Insofern signalisieren wir hiermit, dass wir bei ausreichender Beantwortung die jeweiligen Fragen über die Fraktionen nicht weiter verfolgen werden.

1. Mehrere der Heime, für die bisher keine schriftlichen Verträge existieren, wurden im Quartal 2 dieses Jahres eröffnet, ein Heim sogar im Februar, mithin fehlen die schriftlichen Verträge nun also seit einem halben Jahr bzw. mehr als 10 Monaten. Wie ist dies mit dem Gebot der „Unverzüglichkeit“ zu vereinbaren, die vom Gesetzgeber in Nr. 10.1 der Ausführungsvorschriften zu §55 der Landeshaushaltsordnung gefordert ist? Welcher Umstand hält das LaGeSo ab, die Verträge zu verschriftlichen, denn sofern tatsächlich Verträge auf mündlicher Basis vereinbart sind, sowie Protokolle über die Abmachungen und Vertragsmuster existierten, wäre das Nachreichen der Schriftform ja eine reine Formsache?
2. Formulierungen wie „4 Verträge befinden sich in der Abschlussphase“ deuten darauf hin, dass ein Grund für die Verzögerungen bei der Verschriftlichung darin zu suchen ist, dass man sich mit den Betreibern noch nicht über die Vertragsdetails geeinigt hat. Ist diese Annahme korrekt? Ist dem LaGeSo in diesem Fall bekannt, dass es sich dann um separate Verträge handelt, nämlich 1. um einem de facto-Vertrag mit mündlich vereinbarten bzw. unklaren Standards, für den im klaren Widerspruch zu 10.1 der Haushaltsordnung keine Schriftform nachgereicht wird, und 2. um einen noch auszuhandelnden Vertrag unter abweichenden Konditionen, den das LaGeSo gerne verschriftlichen würde?
3. Um Summen in welcher Größenordnung handelt es sich, die auf mündlicher Vertragsbasis geleistet werden, und wie lange ist dies in den einzelnen Heimen der Fall?
4. Welche Protokolle existieren in Abwesenheit eines schriftlichen Vertrags, insbesondere im Heim Levetzowstraße? Sind die erwähnten „vertragsähnlichen“ Protokolle tatsächlich vorhanden, und waren sie das für die gesamte Laufzeit der Heime? Unsere Initiative hat bereits im Oktober eine Anfrage über das Informationsfreiheitsgesetz an das LaGeSo gestellt, in der die entsprechenden Protokolle angefordert wurden – eine Antwort steht immer noch aus, obwohl der Landesbeauftragte für Informationsfreiheit bereits mehrfach eingeschaltet wurde. Die offizielle Begründung des LaGeSo für die Verzögerungen bei der Beantwortung der Anfrage unterscheiden sich dabei von Nachfrage zu Nachfrage.
5. Wie ist bei der derzeitigen Praxis im LaGeSo – die Abwesenheit von schriftlichen Verträgen, verbunden mit nicht nachvollziehbaren Verzögerungen bei der Beantwortung von Anfragen über das Informationsfreiheitsgesetz, verbunden mit ausweichenden Erklärungen auf öffentlichen Veranstaltungen – die Nachprüfbarkeit durch Staat, Politik und interessierte Öffentlichkeit gewährleistet? (Siehe u.a. Berliner IFG § 4.2)
6. Gab oder gibt es Ausschreibungen für die Notunterkünfte? Wenn nein, auf welche Ausnahmeregelung beruft man sich, denn die Größenordnungen der Aufträge müssten eigentlich Ausschreibungen bedingen.

7. Falls es aus Gründen der Eilbedürftigkeit keine Ausschreibungen gab, und sich die Immobilie im Besitz des Landes befindet, was hindert das LaGeSo daran, den Betreibervertrag auszuschreiben, sollte das Heim wieder erwarten über längere Zeiträume existieren, im Fall der Levetzowstraße beispielsweise bereits mehr als 10 Monate?
8. Welche Kriterien werden für die Auswahl von Betreiberfirmen herangezogen, sofern keine Ausschreibungen stattfinden? Da der Prozess ohne Ausschreibungen nicht öffentlich und nicht transparent ist, besitzt das LaGeSo Mechanismen, um unerlaubter Vorteilmahme vorzubeugen, und wenn ja, welche?
9. Uns gegenüber äußerten karitative Verbände, dass es durchaus denkbar wäre, Notunterkünfte von den privaten Betreibern zu übernehmen. Dazu müsste jedoch zunächst eine Begehung stattfinden. In den Augen der Freiwilligeninitiativen wäre das wünschenswert, da in den nichtkommerziellen Heimen bessere Standards herrschen, und dort eine Kultur des Umgangs mit Ehrenamtlichen existiert. Wäre eine solche Begehung durch karitative und eine Übernahme durch diese für das LaGeSo denkbar, insbesondere bei Heimen, die lange Zeit existieren? Wenn nein, was spräche dagegen?
10. Zur Zeit müssen grundlegende Informationen zu den Pflichten der Betreiber und Belegungssituation der Flüchtlingsheime durch Parteien in Kleinen Anfragen mit mehrmonatiger Verzögerung regelmäßig abgefragt werden. Warum werden die von Heimbetreibern einzuhaltenden Standards (Anzahl Kochgelegenheiten, Waschmaschinen...) und Personalschlüssel vom LaGeSo nicht selbst publiziert, damit diese für den Flüchtlingsrat, die Freiwilligeninitiativen und Heimbewohner selbst sichtbar und nachprüfbar sind? Würde ein solcher Schritt nicht dazu beitragen, Spannungen zwischen Initiativen, Heimbewohnern und Betreibern abzubauen?
11. Welche Maßnahmen unternimmt das LaGeSo, um den Missbrauch von Steuergeldern durch Betreiber zu verhindern, indem Personal in mehreren Heimen eines Betreibers gleichzeitig eingesetzt, aber mehrfach abgerechnet wird (die sog. "Personalidentität", die bereits vom Senat bestätigt wurde)?
12. Mitglieder unserer Initiative, zahlreiche Flüchtlinge, sowie unabhängige Ehrenamtliche schilderten uns wiederholt, dass durch den Betreiber des Heims Levetzowstraße im letzten halben Jahr keine, sowie nach unserem Offenen Brief nur eine unregelmäßige und kurzzeitige Kinderbetreuung stattfindet, obwohl laut öffentlichen Aussagen von Vertretern Ihres Amtes und der Heimleitung selbst eine achtstündige werktägliche Kinderbetreuung vorhanden sein müsste. Was unternimmt das LaGeSo, um diese schwerwiegenden Vorwürfe, die dem Landesamt seit Wochen bekannt sind, zu prüfen? Wurde der Einsatz der Kinderbetreuung seit Gründung des Heimes an Hand von Dienstplänen und Gesprächen mit den Bewohnern geprüft, insbesondere da die Verträge mit Notunterkünften üblicherweise auch Regressforderungen vorsehen, sofern dieser nicht „zweifelsfrei“ nachgewiesen werden kann? Wenn sich solche Vorwürfe bestätigen, welche Konsequenzen würde das LaGeSo gegenüber einem solchen Betreiber in Betracht ziehen?

13. Die Geschäftsführung der GIERSO GmbH äußerte gegenüber Journalisten die Ansicht, dass eine Kinderbetreuung nicht zwangsweise Kinder betreuen müsste, sie könne sich ja auch im Büro um Kita-Anmeldungen kümmern. Ist diese Definition einer Kinderbetreuung durch das LaGeSo legitimiert, oder eher die Aufgabe einer anderen Bürokraft bzw. Sozialarbeiters? Falls ersteres, wie viele Stunden muss die Vollzeit-Kinderbetreuung tatsächlich Kinder betreuen, und wie prüft das LaGeSo, dass diese Büro-Kinderbetreuung tatsächlich ihre Aufgaben wahrnimmt, insbesondere angesichts der Tatsache, dass es trotz dieser vorgeblichen Praxis fast keine Kinder im Heim Levetzowstraße gibt, die Kita- oder Hortplätze besitzen? Sollte die Kinderbetreuung ausfallen, innerhalb welcher Frist muss Ersatz gesucht werden?
14. Existiert inzwischen ein Ergebnisprotokoll der Prüfungen des Heimes Levetzowstraße, und ist dieses einsehbar? Von der Heimleitung wurde auf der Sitzung des Migrationsbeirates Mitte die Aussage getätigt, dass ihr vom LaGeSo eine Frist bis zum 4.12.2013 gesetzt wurde, um die vom LaGeSo angemahnten Verbesserungen durchzuführen. Wurde die Erfüllung der Auflagen nach Verstreichen dieser Frist durch das LaGeSo überprüft? Was ergab die erneute Prüfung?
15. Wurden seit dem 4.11.2013, als die Initiative "Neue Nachbarschaft" dem Betreiber ankündigte, Defizite bei Nichtbehebung öffentlich zu machen, vom LaGeSo zusätzliche Investitionen im Wohnheim Levetzowstraße getätigt, oder der GIERSO GmbH in Aussicht gestellt?
16. Besteht beim LaGeSo ein Bewusstsein für die Bedeutung von Freiwilligeninitiativen für eine gelungene Willkommenskultur in Berlin? Wenn ja, warum ist der Status von Freiwilligeninitiativen nicht in Verträgen oder Mindeststandards verankert, und warum weigert sich das LaGeSo, Initiativen, die mit ihrem Handeln zur Aufdeckung von Defiziten verholfen haben, gegenüber den Betreibern zu unterstützen, ohne dass die Politik einschreiten muss?

Mit freundlichen Grüßen



Marina Naprushkina

Tobias Wehmann